

Antragsbereich Y / **Antrag Y4**

AntragstellerInnen: Bayern SPD Landesvorstand

Y4: Asyl und Migration: Gegen Hetze und Diffamierung. Für Ordnung und Kontrolle. Für Integration und Respekt.

Das Thema Migration wird derzeit emotional diskutiert und von Rechtsextremen für ihre Zwecke missbraucht. Wir als SPD sind uns dessen bewusst, dass viele Menschen verunsichert sind und sich klare
5 Aussagen in diesem Politikfeld wünschen.

Zugleich weigern wir uns, uns von radikalen und populistischen Stimmen den Diskurs vorschreiben zu lassen. Wir Sozialdemokraten sind für eine sach-
10 liche und faktenbasierte Betrachtung der Wirklichkeit.

Angesichts der vielfach und glaubhaft beschriebenen
15 Überlastung der Kommunen wird deutlich, dass Maßnahmen erfolgen müssen. Tatsächlich muss die irreguläre Migration nach Europa und Deutschland auf humane Art und Weise begrenzt werden. Menschen ohne Anspruch und Aussicht auf eine
20 Bleibeperspektive dürfen nicht mehr in einem so großen Umfang nach Europa und Deutschland einreisen. Das bedeutet explizit nicht, lebensrettende Maßnahmen, z.B. im Mittelmeer einzustellen. Die SPD steht klar zur Seenotrettung vor dem Hintergrund
25 von internationalem Seerecht und Humanität.

Allerdings ist nur mit einer signifikanten Reduzierung
30 der illegalen Migration sichergestellt, dass diejenigen,
die Anspruch auf Schutz und Asyl haben, hier auch
angemessene Hilfe erhalten können. Nur so kann
vor Ort schnell für Wohnraum und Kinderbetreuung
35 gesorgt und letztlich auch die notwendige Integration
geleistet werden. Auch die wichtige gesellschaftliche
Akzeptanz für Geflüchtete und deren Situation kann
nur durch eine Reduzierung der illegalen Migration
erreicht werden.

40 Dazu gehört auch, dass Menschen, die kein Bleibe-
recht in Deutschland haben oder schwer kriminell
werden, unser Land zeitnah verlassen müssen. Dazu
hat die Bundesinnenministerin die richtigen Schritte
unternommen, weitere – etwa in Form von Rück-
45 führungsabkommen mit anderen Staaten – sind in
konkreter Vorbereitung.

Wenn in diesen beiden Bereichen (Reduzierung der
illegalen Migration und Rückführung von Menschen
50 ohne Bleiberecht) nicht gehandelt wird, erzeugt das
ein Gefühl von Kontrollverlust in der Bevölkerung,
das dem sozialen Frieden abträglich ist. Die SPD steht
für Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und historische
Verpflichtung. Zugleich wissen wir, dass es Gerechtig-
55 keit ohne Regeln nicht geben kann.

Was wir aber keinesfalls zulassen können und auch
60 werden, ist das unsägliche Infragestellen des Grund-

rechts auf Asyl, wie es derzeit von Teilen der Union und von Rechtsextremen gefordert wird. Wir als Sozialdemokraten stehen fest zum Grundrecht auf Asyl. Gerade als Nachfolger von Verfolgten des Nationalsozialismus wissen wir als Sozialdemokrat*innen, dass
65 das Asylrecht ein fundamentales Grundrecht ist, das nicht angetastet werden darf. Es ist ein wichtiger Teil unseres Grundgesetzes und ist nach wie vor wichtig und richtig. Wir lehnen daher jede Einschränkung
70 oder gar die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl entschieden ab.

75 Auch stellen wir fest: Deutschland braucht Zuwanderung. Wer etwas anderes behauptet, macht den Menschen etwas vor. Die demographischen Realitäten sind klar, niemand darf davor die Augen verschließen. Allein die Wirtschaft schätzt einen Bedarf von 400.000 Menschen als Netto-Zuwanderung
80 pro Jahr.

85 Wir brauchen daher kluge Konzepte für eine gesteuerte Zuwanderung. Wir brauchen einen Abbau von Hindernissen und Bürokratie für Arbeitsmigration. Wir brauchen Anreize, um kluge und engagierte Menschen nach Deutschland zu bringen, denn nur mit
90 ihnen können wir die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft meistern.

Und wir begrüßen ausdrücklich den bereits von unserer Regierung beschlossenen „Spurwechsel“, der

95 es Menschen, die bereits bei uns sind und sich ge-
setzestreu verhalten haben, ermöglicht, von der Spur
„Asyl“ in die Spur „Arbeitsmarkt“ zu wechseln. Das
ist eine pragmatische und unideologische Antwort
auf die Herausforderungen unserer Zeit, ebenso wie
100 das Chancenaufenthaltsgesetz, das wir ausdrücklich
begrüßen.

105 Das Ziel 400.000 Menschen Nettoeinwanderung
bedeutet viel mehr Arbeitsmigration als heute.
Das verdeutlichen folgende Zahlen: 2022 kamen
etwa 56.000 Personen aus Staaten außerhalb der
Europäischen Union (EU) mit einem befristeten Auf-
110 enthaltstitel zum Zweck der nach Deutschland. Das
Ziel 400.000 Nettozuwanderung jährlich wird somit
sehr viel mehr legale Möglichkeiten der Einwande-
rung schaffen. Diese Wege werden auch denjenigen
offenstehen, die zurzeit auf der „falschen Spur“ über
115 das Asylrecht nach Deutschland kommen und dann
abgelehnt werden.

120 Und wir stellen fest: Migrantinnen und Migranten, die
zum Teil schon sehr viele Jahre in unserem Land le-
ben, sind wichtig für dieses Land. Ohne sie wäre unser
Land kulturell ärmer, wirtschaftlich handlungsunfä-
hig und unser Wohlstand wäre ohne zugewanderte
125 Menschen undenkbar. Die Diffamierung des Themas
„Migration“ ausschließlich als Problem und die Hetze
gegen Zugewanderte sind unerträglich. Wer sich
zum Beispiel in den Bereichen „Pflege“ oder „Bau“

umschaut, der stellt schnell fest: Deutschland hat
130 kein Problem mit Migration, Deutschland hätte ein
großes Problem ohne Migration. Die Lebensleistung
von Menschen mit Migrationsgeschichte muss wieder
stärker gewürdigt werden.

135

Es ist unerträglich, dass wieder Rechtsextreme in
diesem Land definieren wollen, wer dazu gehört und
wer nicht. Menschen, die in unser Land kommen,
140 unsere Werte teilen und mithelfen, dieses Land am
Laufen zu halten, sind kein Problem, sondern ein
selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Egal,
ob als Ärztin, Krankenpfleger, Pizzabäcker oder Uni-
versitätsprofessorin, sie alle gehören zu Deutschland.
145 Wer das anders sieht, hat die deutsche Sozialdemo-
kratie als lauten und entschiedenen Gegner.

150 Wir als Sozialdemokraten haben uns immer mit
der Wirklichkeit auseinandergesetzt. Wir haben die
Wirklichkeit immer so gesehen, wie sie ist und das
erwarten wir auch von allen anderen demokratischen
Parteien.

155

Daher: Gegen Hetze und Diffamierung. Für Ordnung
und Kontrolle. Für Integration und Respekt.